

Aufsatz

Henrik Stålhane Hiim*

Europas nukleare Zukunft: Alle Optionen offenhalten – auch die schlechten

<https://doi.org/10.1515/sirius-2025-2008>

Zusammenfassung: Die erweiterte nukleare Abschreckung der Vereinigten Staaten bildet seit Langem das Fundament der Sicherheit Europas. Doch unter der Präsidentschaft Donald Trumps geriet dieses Fundament ins Wanken, da Zweifel an der Verlässlichkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien wuchsen. Als Reaktion darauf diskutieren die Europäer über Alternativen wie einen „Eurodeterrent“, im Falle Polens gibt es sogar Andeutungen eigener nuklearer Ambitionen. Jedoch stehen all diesen Optionen erhebliche strategische, politische und technische Hürden entgegen. Der vorliegende Beitrag argumentiert, dass eine *Hedging*-Strategie, also die gleichzeitige Aufrechterhaltung des amerikanischen Nuklearschirms und der Ausbau der europäischen Abschreckung, den gangbarsten Weg für Europa darstellt. Ein solcher Ansatz könnte unter anderem eine intensiviertere nukleare Kooperation zwischen Großbritannien und Frankreich, den gezielten Ausbau konventioneller Streitkräfte sowie – in ausgewählten Staaten – den Aufbau nuklearer Latenz umfassen. Auch wenn dieser Weg gewisse Unzulänglichkeiten aufweist, erscheint Hedging angesichts wachsender Ungewissheit als pragmatische Handlungsoption.

Schlüsselwörter: Nukleare Abschreckung, *Eurodeterrent*, nukleares *Hedging*, europäische Sicherheit

Abstract: U.S. extended nuclear deterrence has long underpinned European security, but renewed doubts under President Donald Trump's leadership have shaken European confidence. In response, Europeans are debating alternatives, such as a „Eurodeterrent“, and in Poland's case, even hinting at nuclear ambitions. However, these options all face major strategic, political, and technical challenges. This article argues that Europe's best course is a hedging

strategy – maintaining the U.S. umbrella while strengthening European deterrence, including through greater British-French nuclear cooperation, a conventional buildup, and even nuclear latency in select states. Though imperfect, hedging offers a pragmatic path amid growing uncertainty.

Keywords: nuclear deterrence, Eurodeterrent, nuclear hedging, European security

1 Einleitung

Über Jahrzehnte hinweg stellte die erweiterte nukleare Abschreckung (*extended deterrence*) der Vereinigten Staaten einen zentralen Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur dar. Diese Politik basierte stets auf dem Vertrauen europäischer Staaten in die Verlässlichkeit amerikanischer Sicherheitszusagen. Denn auf den ersten Blick erscheint die Logik der erweiterten Abschreckung nicht ohne Widerspruch: Im Falle einer Krise stellt sich die Frage, warum die Vereinigten Staaten bereit sein sollten, erheblichen Schaden zu riskieren, um Europa oder gar einen kleineren europäischen Staat zu verteidigen. Ebenso stellt sich die Frage, weshalb sowohl Gegner als auch Verbündete an solche Zusicherungen überhaupt glauben sollten.

Mit der Rückkehr von Präsident Donald Trump ins Weiße Haus gerät das europäische Vertrauen in den nuklearen Schutzschirm der Vereinigten Staaten erneut ins Wanken. Durch seine öffentliche Unterstützung rechtsextremer Kräfte bei den Bundestagswahlen, die Weigerung, den Einsatz militärischer Gewalt zur Sicherung der Kontrolle über Grönland auszuschließen, sowie die öffentliche Schelte des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj hat die Trump-Administration politische Erschütterungen ausgelöst, die in Europa deutlich spürbar sind. Sowohl durch seine Äußerungen als auch durch sein politisches Handeln hat Trump das transatlantische Vertrauensverhältnis substanziell beschädigt.

Infolgedessen haben europäische Staaten ihre Debatten darüber intensiviert, wie sie ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten – einschließlich der sensiblen Frage der

Hinweis: Der Autor dankt Ian Bowers und den anonymen Gutachtern für ihre hilfreichen Kommentare und Anregungen.

***Kontakt:** Henrik Stålhane Hiim, Professor und Leiter des Strategic Studies Program am Norwegian Institute for Defence Studies, The Norwegian Defence University College, Oslo, E-Mail: hhiim@mil.no



Das nuklearbetriebene ballistische Raketen-U-Boot (SSBN) HMS *Vanguard* kehrt nach einer Patrouille zur Marinebasis HM Naval Base Clyde in Faslane, Schottland, zurück

nuklearen Abschreckung – verringern können. Mitte Mai ließ Präsident Emmanuel Macron verlauten, dass Frankreich Gespräche mit anderen europäischen Staaten über eine mögliche Stationierung französischer Nuklearwaffen im Ausland führe.¹ Ein wegweisendes Signal setzte darüber hinaus die im Juli unterzeichnete *Northwood Declaration*, in der Großbritannien und Frankreich ankündigten, dass sie ihre Pläne zur nuklearen Abschreckung koordinieren werden. Diese Initiativen zielen nicht darauf ab, die erweiterte nukleare Abschreckung der USA zu ersetzen, sondern sie zu ergänzen. Sowohl Frankreich als auch das Vereinigte Königreich betonen in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Eigenständigkeit ihrer nuklearen Streitkräfte. Gleichwohl markieren diese Schritte eine Annäherung an einen sogenannten „Eurodeterrent“ – einen europäischen

nuklearen Schutzschirm.² Darüber hinaus haben polnische Politiker die Möglichkeit angedeutet, eigene Atomwaffen zu entwickeln.³

Für die europäischen Staaten ist es sinnvoll, Alternativen zu diskutieren. Es wäre kurzsichtig, allein darauf zu hoffen, dass sich die bestehenden Vertrauensprobleme von selbst erledigen, sobald Trump aus dem Amt scheidet. Gleichzeitig ist die nüchterne Realität, dass den europäischen Alternativen erhebliche Herausforderungen gegenüberstehen. Selbst bei einer vertieften Koordination bleiben die kombinierten Nukleararsenale Frankreichs und Großbritanniens deutlich kleiner und weniger belastbar als das der Vereinigten

¹ Leila Abboud/Polina Ivanova: Emmanuel Macron open to stationing French nuclear weapons in other European nations, *Financial Times*, 13.05.2025, <https://www.ft.com/content/96231d9c-ee48-43b3-9c82-bdc4002b41a5>.

² United Kingdom Prime Minister's Office: *Northwood Declaration: 10 July 2025 (UK-France joint nuclear statement)*, 10.07.2025, <https://www.gov.uk/government/news/northwood-declaration-10-july-2025-uk-france-joint-nuclear-statement>.

³ Jan Cieski/Wojciech Kość: Poland seeks access to nuclear arms and looks to build half-million-man army, *Politico*, 07.03.2025, <https://www.politico.eu/article/donald-tusk-plan-train-poland-men-military-service-russia/>.

Staaten. Es ist keineswegs selbstverständlich, warum andere europäische Staaten einem europäischen Nuklearschirm Vertrauen schenken sollten. Insbesondere exponierte Staaten Osteuropas könnten sich fragen, ob London und Paris tatsächlich bereit wären, für ihre Sicherheit erhebliche Risiken einzugehen. Gleichzeitig birgt der Weg zu nationalen Nuklearwaffenprogrammen zahlreiche Gefahren.

In diesem Beitrag vertrete ich die These, dass angesichts der Schwächen sämtlicher Alternativen eine umfassende *Hedging*-Strategie, bei der mehrere Optionen gleichzeitig verfolgt werden, für Europa der am wenigsten nachteilige Weg ist. Der Aufbau des Artikels gliedert sich wie folgt: Zunächst erläutere ich, weshalb die Politik der erweiterten nuklearen Abschreckung seit jeher mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist und auf welche Weise die Vereinigten Staaten traditionell versucht haben, die Glaubwürdigkeit ihres nuklearen Schutzschirms zu stärken. Zweitens analysiere ich, warum die Glaubwürdigkeit des Nuklearschirms derzeit diskutiert wird. Drittens untersuche ich die Herausforderungen, mit denen ein Eurodeterrent konfrontiert wäre. Viertens untersuche ich die spezifischen Schwierigkeiten, die einem möglichen Erwerb eigener Nuklearwaffen durch Nicht-Nuklearwaffenstaaten wie Polen entgegenstehen. Im Fazit lege ich dar, weshalb ein Hedging-Ansatz die derzeit strategisch sinnvollste Handlungsoption für Europa darstellt. Eine solche Strategie würde bedeuten, den bestehenden US-amerikanischen Nuklearschutzschirm zu bewahren, gleichzeitig aber die europäischen nuklearen und konventionellen Abschreckungskapazitäten gezielt auszubauen. Für Nicht-Nuklearwaffenstaaten wie Polen könnte dies sogar die Option eines nuklearen Hedgings auf nationaler Ebene einschließen – also den Aufbau der technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für ein potenzielles Nuklearwaffenprogramm, ohne dabei jedoch die Schwelle zur nuklearen Bewaffnung tatsächlich zu überschreiten.

2 Die andauernden Herausforderungen bei der Ausweitung der nuklearen Abschreckung

Die Debatte über die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung durch die Vereinigten Staaten ist keineswegs neu. Bereits während des Kalten Krieges wurde unter den amerikanischen Verbündeten in Europa wie in Asien fortlaufend über die Verlässlichkeit des US-amerikanischen nuklearen Schutzschirms diskutiert. Während des Kalten Krieges wurden ganze Bibliotheken mit Abhandlungen über die Herausforderungen der erweiterten Abschre-

ckung gefüllt – also über die Schwierigkeit, „[to discourage] attacks on third parties, such as allies and partners.“⁴ Zentrale Erkenntnis klassischer Beiträge zu diesem Themenfeld war, dass der erweiterten Abschreckung eine inhärente Glaubwürdigkeitslücke gegenüber der sogenannten „direkten Abschreckung“ (*direct deterrence*) – also der Abschreckung von Angriffen auf das eigene Staatsgebiet – anhaftet. Wie Thomas Schelling hervorhob: „No one seems to doubt that federal troops are available to defend California. I have, however, heard Frenchmen doubt whether American troops can be counted on to defend France, or American missiles to blast Russia in case France is attacked.“⁵

Schellings Ausführungen verweisen auf eine zentrale Unterscheidung: Der Erfolg erweiterter Abschreckung bemisst sich nicht allein daran, ob ein potenzieller Gegner von der Glaubwürdigkeit der Abschreckungsdrohung überzeugt ist, sondern ebenso daran, ob die Verbündeten in ebendiese Glaubwürdigkeit Vertrauen setzen. Gerade Letzteres gilt gemeinhin als die größere Herausforderung. In diesem Zusammenhang wird häufig der ehemalige britische Verteidigungsminister Denis Healey zitiert, der während des Kalten Krieges eindringlich darauf hinwies: „[It] only takes a 5 percent credibility of American retaliation to deter an attack [from the Soviets], but it takes a 95 percent credibility to reassure the allies.“⁶ Selbst wenn Gegner wirksam abgeschreckt werden, können Verbündete weiterhin Unbehagen empfinden.

Während des Kalten Krieges entwickelten die Vereinigten Staaten verschiedene Strategien, um die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung sowohl aus Sicht der Sowjetunion als auch aus Sicht ihrer Alliierten zu stärken. Diese Bemühungen zielten darauf ab, die beiden zentralen Elemente glaubwürdiger Abschreckung herauszustellen: die Fähigkeit sowie die Entschlossenheit, eine Drohung tatsächlich umzusetzen.⁷ Ein zentrales Instrument war dabei die Stationierung von Streitkräften im Ausland, einschließlich kleinerer Einheiten, die als sogenannter Stolperdraht (*tripwire forces*) fungieren konnten. Diese Kräfte waren zwar nicht zwangsläufig in der Lage, einen konventionellen Krieg maßgeblich zu beeinflussen, sie konnten jedoch sicherstellen, dass die Vereinigten Staaten im Falle eines Angriffs unmittelbar involviert und in den Konflikt hineingezogen würden – was ein Signal der Entschlossenheit setzte.⁸

⁴ Mazarr 2018, 3.

⁵ Schelling 1966, 35.

⁶ Healey 1989, 243.

⁷ Mazarr 2018.

⁸ Für eine skeptische Einschätzung von Truppen als Stolperdraht, siehe Reiter/Poast 2021.

Eine weitere bedeutende Maßnahme bestand in der „nuklearen Teilhabe“ (*nuclear sharing arrangements*), also darin, „[to give] non-nuclear allies significant roles in the management and employment of a nuclear-armed state’s (i. e., the ‘patron’s’) nuclear capabilities“.⁹ In Europa behielten die USA ihre Teilhabevereinbarungen nach dem Ende des Kalten Krieges bei, beendeten sie jedoch in Asien – einschließlich des Abzugs ihrer Waffen aus Südkorea im Jahr 1991. Inwieweit nukleare Teilhabe die Abschreckung tatsächlich stärkt, ist umstritten und dürfte stark kontextabhängig sein.¹⁰ Durch derartige Maßnahmen – die häufig auch die Vorwärtsstationierung nuklearer Waffen einschließen – haben die Vereinigten Staaten jedoch nicht nur versucht, sowohl ihre Fähigkeiten als auch ihre Entschlossenheit zu unterstreichen. Sondern auch, ihren Verbündeten Rückversicherung zu geben, indem sie diese stärker in die nuklearen Entscheidungsprozesse einbezogen haben.

Ein zentrales, wenngleich in der strategischen Debatte eher selten erörtertes Element der US-amerikanischen Abschreckungspolitik war der Versuch, eine sogenannte „Fähigkeit zur Schadensbegrenzung“ (*damage-limitation capability*) aufrechtzuerhalten. Während des Kalten Krieges verstärkten sich die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der erweiterten US-Abschreckung – selbst unter engsten Verbündeten – insbesondere in dem Moment, als die Sowjetunion Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre über eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit verfügte.¹¹ Mit der Fähigkeit der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten im Falle eines Nuklearkonflikts verheerenden Schaden zuzufügen, stellte der französische Präsident Charles de Gaulle 1961 die pointierte Frage, ob die Vereinigten Staaten tatsächlich bereit wären, New York gegen Paris einzutauschen. Die US-Führung hat jedoch kontinuierlich versucht, regionale und strategische Nuklearkapazitäten auszubauen, um im Falle eines Scheiterns der Abschreckung den Schaden für die Verbündeten und die Vereinigten Staaten zu begrenzen – und so die Verbündeten davon zu überzeugen, dass die Vereinigten Staaten „could save Berlin without losing Boston“.¹²

Die US-amerikanische Strategie zur Aufrechterhaltung von Fähigkeiten zur Schadensbegrenzung war stets umstritten. Im Zentrum dieser Strategie steht die Fähigkeit, die Nuklearwaffen des Gegners gezielt auszuschalten und sich potenziell gegen einen nuklearen Gegenschlag zu verteidigen, beispielsweise durch Raketenabwehrsysteme.

Kritiker argumentieren, dass eine substanzielle Schadensbegrenzung gegenüber einem großen nuklear bewaffneten Gegner nicht realisierbar sei. Zudem berge eine solche Strategie die Gefahr, dass sie zu einem Wettrüsten führe (da ein Gegner seine Fähigkeit, den Vereinigten Staaten inakzeptablen Schaden zuzufügen, aufrechterhalten wolle) und dass sie in einer Krise zu Instabilität führen könne.¹³ Gleichwohl ist die Fähigkeit zur Schadensbegrenzung ein fester Bestandteil der US-Atomstrategie geblieben und wurde unter anderem beibehalten, um die Glaubwürdigkeit des atomaren Schutzschildes zu stärken.¹⁴

Nicht zuletzt zur Stärkung der erweiterten Abschreckung bemühten sich US-amerikanische Entscheidungsträger darum, die Fähigkeit zur Steuerung nuklearer Eskalation aufrechtzuerhalten – unter anderem durch die Stationierung sogenannter taktischer Nuklearwaffen.¹⁵ Durch die Bereitstellung eines solchen Spektrums an Optionen verfolgten die Vereinigten Staaten das Ziel, potenzielle Gegner von einem begrenzten Nuklearwaffeneinsatz – oder bereits der Androhung eines solchen – abzuschrecken. Zudem soll auf diese Weise die Möglichkeit bestehen, im Falle eines begrenzten gegnerischen Nuklearwaffeneinsatzes die Abschreckung wiederherzustellen, bevor ein Konflikt in einen umfassenden Nuklearkrieg eskaliert. Diese strategische Überlegung tritt in der US „*Nuclear Posture Review*“ (NPR) von 2018 besonders deutlich zutage. Dort wird die Notwendigkeit neuer Nukleargefechtsköpfe mit geringerer Sprengkraft für U.S.-amerikanische Atom-U-Boote betont, „[to deny] potential adversaries any mistaken confidence that limited nuclear employment can provide a useful advantage over the United States and its allies“.¹⁶

Die amerikanischen Optionen eines taktischen Nuklearwaffeneinsatzes stellten nicht nur Reaktionsmöglichkeiten dar: Insbesondere während des Kalten Krieges drohten die Vereinigten Staaten und die NATO mit dem Erstgebrauch von Kernwaffen, um militärische Ziele auf dem Schlachtfeld zu erreichen, etwa das Aufhalten sowjetischer Panzerdivisionen. Diese Praxis folgte zudem einer klaren Logik erweiterter Abschreckung, indem solche Waffen dazu dienten, die sowjetische konventionelle Überlegenheit in Europa auszugleichen. Ab den frühen 1960er Jahren, als die Sowjetunion

9 Byun/Lee 2021, 68.

10 Sechser 2016.

11 Für ein Beispiel dafür, wie die sowjetische Entwicklung von Interkontinentalraketen bei zentralen Entscheidungsträgern in Norwegen zu erheblichen Zweifeln führte, siehe Egeland 2024.

12 Vaddi/Narang 2025a.

13 Siehe, zum Beispiel Glaser/Fetter 2016.

14 Siehe Roberts 2025.

15 Der Begriff „taktische Nuklearwaffen“ ist nach wie vor umstritten und viele argumentieren, dass jeder Einsatz von Nuklearwaffen strategische Auswirkungen hätte. Obwohl der Begriff üblicherweise für Waffen mit geringerer Sprengkraft und kürzerer Reichweite verwendet wird, können sogenannte taktische Waffen eine Sprengkraft besitzen, die jene der auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Bomben übersteigt.

16 U.S. Department of Defense 2018, 53.

eine gesicherte Zweitschlagfähigkeit entwickelte und die Drohung einer „massiven Vergeltung“ (*massive retaliation*) auf begrenzte sowjetische Aggressionen zunehmend an Glaubwürdigkeit einbüßte, strebten die USA an, ihre „begrenzten Nuklearoptionen“ (*limited nuclear options* – LNO) sowie die konventionelle Abschreckung durch die Strategie der „flexiblen Antwort“ (*flexible response*) zu stärken.¹⁷

Die Ideen, die um begrenzte Nuklearwaffeneinsätze und Eskalationssteuerung kreisten, waren stets umstritten. Von Beginn an wurde kontrovers diskutiert, ob Eskalation tatsächlich kontrollierbar bleibt, wenn ein Staat den Einsatz von Kernwaffen in Erwägung zieht. Zahlreiche Wissenschaftler und Analysten argumentieren, dass das Überschreiten der nuklearen Schwelle mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer raschen Eskalation bis hin zu einem umfassenden Nuklearkrieg führt.¹⁸ Darüber hinaus wird von Kritikern angeführt, dass die Fokussierung auf begrenzte Nuklearoptionen die Kernwaffe „konventionalisieren“ könnte, was wiederum das sogenannte „nukleare Tabu“ (*nuclear taboo*) untergräbt.¹⁹

Wesentlich ist, dass die US-amerikanische Politik der erweiterten Abschreckung keineswegs aus altruistischen Motiven heraus betrieben wurde. Ein zentrales Ziel bestand vielmehr darin, die nukleare Proliferation unter den eigenen Verbündeten zu verhindern: Können sich US-Verbündete auf den amerikanischen nuklearen Schutzschirm verlassen, entfällt für sie die Notwendigkeit, eigene Kernwaffen zu entwickeln. Die Nichtverbreitung von Kernwaffen stellt seit Langem ein zentrales Element des amerikanischen strategischen Denkens (*Grand Strategy*) dar – ein Ziel, das im Übrigen weitgehend mit den Interessen der Sowjetunion übereinstimmte. Denn eine Zunahme an Nuklearwaffenstaaten würde nicht nur die internationale Stabilität gefährden, sondern auch die Machtprojektion der Vereinigten Staaten erheblich erschweren.²⁰ In verschiedenen historischen Phasen führte ein Rückgang des Vertrauens in die Sicherheitsgarantien der USA – ausgelöst etwa durch den Abzug amerikanischer konventioneller Streitkräfte – dazu, dass verbündete Staaten zunehmend mit dem Gedanken spielten, eigene Kernwaffen anzuschaffen.²¹ In einigen Fällen, etwa in Südkorea in den 1970er und frühen 1980er Jahren, nahmen diese Überlegungen in Form von nuklearen

Rüstungsprogrammen konkrete Gestalt an. Andere Staaten wie Japan betrieben eine Politik des nuklearen Hedgings, als Absicherung gegen ein mögliches sicherheitspolitisches Abrücken der USA. Diese Staaten verzichteten zwar auf die unmittelbare Entwicklung von Nuklearwaffen, verfügten jedoch über Schlüsseltechnologien, die ihnen im Bedarfsfall einen raschen Einstieg in ein entsprechendes Programm ermöglichen würden.²² Durch derartige Formen des Hedgings – ebenso wie durch Androhung von Proliferation – gelang es einzelnen Staaten zudem, Zugeständnisse von den Vereinigten Staaten zu erwirken.²³

Ein großer Teil der Fachliteratur zu Abschreckung und Bündnispolitik betrachtet kostspielige Signale, wie die Stationierung von Truppen oder Nuklearwaffen auf dem Gebiet des Bündnispartners (*client state*), als zentral für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung. Gleichwohl kommt auch Worten, diplomatischen Initiativen und symbolischen Handlungen, also der Art und Weise, wie die Schutzmacht (*patron*) die politischen Beziehungen zu einem Bündnispartner gestaltet, offenkundig eine erhebliche Bedeutung zu.²⁴ Tatsächlich belegen neuere Studien, dass öffentliche Stellungnahmen der Schutzmacht erheblich größere Rückversicherungswirkung auf Verbündete haben, als in der sicherheitspolitischen Literatur lange angenommen wurde.²⁵ Angesichts der inhärenten Schwierigkeiten, Zusagen im Rahmen erweiterter Abschreckung glaubwürdig zu machen, ist ein umsichtiges Management politischer Beziehungen daher von entscheidender Bedeutung – insbesondere im Hinblick auf die Vertrauensbildung und Rückversicherung gegenüber den Alliierten.

3 Warum das Vertrauen in die Vereinigten Staaten schwindet

Unter der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps entbrannte die Debatte über die Glaubwürdigkeit des US-amerikanischen nuklearen Schutzschirms mit neuer Intensität. Tatsächlich erklärten einige Analysten: „The credibility of the U.S. nuclear umbrella has now been shattered by Trump.“²⁶ Auch wenn diese Einschätzung als überzogen

¹⁷ Allerdings erfuhren die US-amerikanischen Nuklearkriegspläne laut Francis Gavin nur begrenzte Veränderungen. Siehe Gavin 2001.

¹⁸ Für einen hervorragenden Überblick über die unterschiedlichen Positionen zur Frage, ob ein Nuklearkrieg begrenzt bleiben kann, siehe Cunningham/Fravel 2019, 66–72.

¹⁹ Tannenwald 2007.

²⁰ Gavin 2015; Coe/Vaynman 2015.

²¹ Lanoszka 2018.

²² Samuels/Schoff 2015.

²³ Volpe 2017.

²⁴ Schelling 1966, 52. Eine Analyse, die kostspieligen Signalen wie vorwärtsstationierten Nuklearwaffen nur eine begrenzte Wirkung auf die Abschreckung zuschreibt (sich jedoch kaum zur Frage der Rückversicherung äußert), findet sich bei Fuhrmann/Sechser 2014.

²⁵ Sukin/Lanoszka 2024.

²⁶ Das/Epstein 2025.

gelten mag, herrscht unter europäischen Beobachtern weitgehend Einigkeit darüber, dass die Glaubwürdigkeit des nuklearen Schutzschirms gelitten hat.²⁷

Auf den ersten Blick mag das schwindende Vertrauen in den nuklearen Schutzschild der USA verblüffend erscheinen. Auf dem Papier hat sich an der US-Nuklearpolitik wenig geändert. Die Trump-Administration hat keine konkreten Signale ausgesandt, die auf eine Schwächung des nuklearen Schutzschirms hindeuten. So gibt es beispielsweise keine Anzeichen dafür, dass amerikanische Kernwaffen – die in fünf europäischen NATO-Staaten stationiert sind – aus Europa abgezogen werden sollen. Obwohl es in den Anfangstagen der Trump-Administration vereinzelt Gespräche über Rüstungskontrolle und Kürzungen der Verteidigungsausgaben gab, lassen sich kaum Hinweise auf grundlegende Veränderungen der US-amerikanischen Nuklearstrategie oder -haltung erkennen. Sollte Trump den Empfehlungen der parteiübergreifenden *Strategic Posture Commission* folgen, wäre vielmehr mit einer Ausweitung der Zahl stationierter Nuklearwaffen zu rechnen, nicht mit deren Reduktion.²⁸ Mit anderen Worten: Bislang sind kaum Verschiebungen auf der *Hardware*-Ebene erkennbar, die die US-amerikanischen Zusagen zur erweiterten Abschreckung im nuklearen Bereich betreffen.

Wie bereits erwähnt, sind jedoch auch Worte sowie ein allgemeines Vertrauen in die Absichten der Vereinigten Staaten entscheidend für die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschutzes. Gerade in diesem Bereich hat die Trump-Administration erhebliche Unsicherheit gestiftet. Besonders schwerwiegend – und in eklatantem Bruch mit der über Jahrzehnte etablierten amerikanischen Bündnispolitik – ist der von Donald Trump geschürte Zweifel daran, ob die USA jenen NATO-Mitgliedstaaten Beistand leisten würden, die nach seiner Auffassung keinen ausreichenden Beitrag leisten.²⁹ Das jüngste Bekenntnis aller NATO-Staaten, künftig fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden – davon 1,5 Prozent für kritische Infrastruktur und den Ausbau der verteidigungsindustriellen Basis – könnte zwar dazu beitragen, den amerikanischen Präsidenten zu besänftigen und Befürchtungen über ein sicherheitspolitisches Abrücken der USA abzuschwächen.

Gleichwohl wächst in Europa die Einsicht, dass es naiv wäre, auf eine „normalere“ Präsidentschaft nach Trump zu hoffen. Vielmehr bereiten sich zahlreiche Staaten auf tiefgreifende Veränderungen vor. Hinzu kommt das zunehmende Verständnis dafür, dass die Vereinigten Staaten ihre Prioritätensetzung ernsthaft auf den indo-pazifischen Raum und die Herausforderung durch China verlagern. Wie es in der kürzlich veröffentlichten norwegischen *National Security Strategy* heißt: „the continued extensive US military presence in Europe is not a given.“³⁰ In der Gesamtschau wächst in weiten Teilen Europas das Bewusstsein, dass auf die Vereinigten Staaten als langfristigen Garanten europäischer Sicherheit nicht mehr uneingeschränkt Verlass ist.

Darüber hinaus hat die Trump-Administration ihre Absicht signalisiert, die Zahl der in Europa stationierten US-Truppen zu verringern. Wie bereits ausgeführt, kann die Stationierung von Streitkräften erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung von Glaubwürdigkeit haben – sowohl weil sie als Stolperdraht fungieren können, als auch weil sie das lokale Kräftegleichgewicht beeinflussen und das Vertrauen in die Sicherheitsgarantien der Vereinigten Staaten insgesamt stärken. Die Auswirkungen eines solchen Truppenabbaus auf das Vertrauen der Bündnispartner hängen dabei nicht nur von der absoluten Zahl der abgezogenen Soldaten ab, sondern auch maßgeblich von der geografischen Lage der betroffenen Standorte. Ein Rückzug aus exponierten Staaten an der östlichen Flanke der NATO – etwa aus Polen – dürfte besonders starke Signalwirkungen entfalten.

Ob diese Entwicklungen die Glaubwürdigkeit des nuklearen Schutzschirms in den Augen jenes Gegners, den er abschrecken soll – also Russland –, tatsächlich beeinträchtigt haben, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine belastbare Einschätzung ohnehin kaum möglich: Die russischen Streitkräfte sind vollständig in dem Krieg in der Ukraine gebunden, und die politische Führung in Moskau dürfte daher gegenwärtig nur ein geringes Interesse an einem Angriff auf NATO-Mitgliedstaaten haben. Selbst wenn dem nicht so wäre, ist kaum zu erwarten, dass russische Entscheidungsträger verlässliche Hinweise auf ihre Einschätzung der Glaubwürdigkeit des nuklearen Schutzversprechens der USA liefern würden. Entsprechend der berühmten Aussage von Denis Healey erscheint es dennoch plausibel, dass die aktuellen transatlantischen Spannungen einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung der Verbündeten haben, während die Wirkung auf die Einschätzung Russlands bezüglich der Glaubwürdigkeit der USA deutlich geringer ausfällt.

²⁷ James Cameron: Eurodeterrent. A Vision for an Anglo-French Nuclear Force, *War on the Rocks*, 31.03.2025, <https://warontherocks.com/2025/03/eurodeterrent-a-vision-for-an-anglo-french-nuclear-force/>.

²⁸ Kvaratskhelia 2025.

²⁹ Trevor Hunnicutt/David Brunnstrom: Trump. If NATO members don't pay, US won't defend them, *Reuters*, 07.03.2025, <https://www.reuters.com/world/trump-if-nato-members-dont-pay-us-wont-defend-them-2025-03-07/>.

³⁰ Office of the Prime Minister of Norway 2025.

Ironischerweise könnten europäische Zweifel an der Verlässlichkeit des Schutzschirms selbst zu seiner Erosion beitragen – indem sie das Vertrauen untergraben, das sie eigentlich zu stärken suchen.

Wie dem auch sei, der Schaden, der der Glaubwürdigkeit der erweiterten nuklearen Abschreckung der USA in den Augen ihrer europäischen Verbündeten zugefügt wurde, ist real. Diese Herausforderungen werden wahrscheinlich nicht verschwinden – weshalb viele Europäer beginnen, ernsthafter über einen Plan B nachzudenken.

4 Auf dem Weg zu einem Eurodeterrent?

In den Diskussionen über europäische Alternativen hat sich insbesondere das Konzept eines Eurodeterrent – also eines nuklearen Schutzschirms, der von Frankreich und dem Vereinigten Königreich bereitgestellt wird – als zentraler Bezugspunkt herausgebildet. Wie bereits erwähnt, stellte die im Juli veröffentlichte *Northwood Declaration* der britischen und französischen Regierungschefs einen bedeutsamen Schritt in Richtung einer vertieften sicherheitspolitischen Kooperation der beiden europäischen Nuklearwaffenstaaten dar. Zwar betonen europäische Entscheidungsträger nachdrücklich, dass entsprechende Initiativen als Ergänzung – und nicht als Ersatz – des amerikanischen Schutzschirms zu verstehen seien, doch besteht kaum ein Zweifel daran, dass die wachsende Unsicherheit über die strategischen Absichten der Vereinigten Staaten maßgeblich zur Wiederbelebung dieser Debatten beigetragen hat.

So bedeutsam die Idee auch ist, steht Europa mit dem Konzept eines Eurodeterrent zugleich vor erheblichen strukturellen Herausforderungen. Bereits im Ausgangspunkt würde ein europäischer nuklearer Schutzschirm mit ähnlichen Glaubwürdigkeitsproblemen konfrontiert sein wie das amerikanische Pendant. Zwar könnten von einem europäischen Staat abgegebene Schutzgarantien eine tendenziell höhere inhärente Glaubwürdigkeit besitzen, da ein Krieg auf dem europäischen Kontinent die Sicherheitsinteressen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs unmittelbar berühren würde als jene der Vereinigten Staaten.³¹ Gleichzeitig jedoch könnten insbesondere kleinere europäische NATO-Mitglieder – etwa die baltischen

Staaten – berechnete Zweifel daran hegen, ob Frankreich oder das Vereinigte Königreich tatsächlich bereit wären, das Risiko einer nuklearen Vernichtung auf sich zu nehmen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Schließlich würde ein russischer Angriff auf ein baltisches Land nicht zwangsläufig eine existenzielle Bedrohung für einen der beiden bestehenden europäischen Atomwaffenstaaten darstellen. Zwar könnten Maßnahmen wie die Stationierung von Truppen, die als Stolperdraht fungieren, zur Stärkung der Abschreckungsglaubwürdigkeit beitragen – und sowohl Frankreich als auch das Vereinigte Königreich leisten gegenwärtig Beiträge zur *Enhanced Forward Presence* (EFP)³² der NATO –, doch wären damit nicht sämtliche Zweifel ausgeräumt.

Ein asymmetrisches Kräfteverhältnis im nuklearen Bereich gegenüber Russland könnte die ohnehin bestehenden Glaubwürdigkeitsprobleme zusätzlich verschärfen. Die derzeitigen Nukleararsenale Frankreichs und Großbritanniens sind – so lässt sich argumentieren – strukturell nicht darauf ausgelegt, eine erweiterte Abschreckung für ganz Europa zu gewährleisten. Frankreich verfügt über etwa 300 nukleare Gefechtsköpfe, das Vereinigte Königreich über rund 225. Auch eine stärkere Koordination zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten dürfte nur bedingt helfen: Russland verfügt über mehr als 4.300 einsatzfähige Nuklearsprengköpfe.³³ Darüber hinaus ist das Vereinigte Königreich in einer nuklearen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten: Es least seine U-Boot-gestützten *Trident-II*-Raketen (allerdings nicht die Sprengköpfe) von den Vereinigten Staaten. Die britische Entscheidung zur Beschaffung nuklearfähiger F-35A-Kampfflugzeuge wird diese Abhängigkeit voraussichtlich nur weiter vertiefen.³⁴ Auch wenn Großbritannien grundsätzlich in der Lage wäre, eine stärker autonome nukleare Fähigkeit zu entwickeln, könnte jede ernsthafte Krise in den bilateralen Beziehungen zu den USA kurzfristig unmittelbare Auswirkungen auf die britischen nuklearen Fähigkeiten haben.

Inwieweit die bestehende Asymmetrie sowie das Fehlen von Fähigkeiten zur Schadensbegrenzung oder im Bereich nicht-strategischer Nuklearwaffen die Glaubwürdigkeit europäischer Abschreckung untergraben, sei dahingestellt. Eine zentrale Fragestellung ist, ob Frankreich und Großbritannien in der Lage sind, einen begrenzten Nuklearwaffen-

³¹ Alexander Sorg: Force de l'Europe. How Realistic is a French Nuclear Umbrella?, *War on the Rocks*, 24.03.2025, <https://warontherocks.com/2025/03/force-de-leurope-how-realistic-is-a-french-nuclear-umbrella/>.

³² Die auf dem NATO-Gipfel 2016 vereinbarte EFP ist die militärische Präsenz der NATO in osteuropäischen Staaten. Sie soll die Entschlossenheit des Bündnisses demonstrieren sowie Abschreckung und Verteidigung stärken. Das Vereinigte Königreich führt eine multinationale *Battlegroup* in Estland an (an der auch Frankreich beteiligt ist), während Frankreich eine solche in Rumänien leitet.

³³ Kristensen/Korda/Johns/Knight-Boyle/Kohn 2025.

³⁴ Freedman 2025.



Eine *Trident-II-D5*-Rakete wird 2005 während einer Übung im Westatlantik von der HMS *Vanguard* gestartet

einsatz Russlands – etwa gegen einen europäischen Verbündeten – wirksam abzuschrecken. Russland verfügt über ein umfangreiches Arsenal nicht-strategischer Nuklearwaffen und könnte in einer Krise potenziell mit deren begrenztem Einsatz drohen, um Gegner unter Druck zu setzen, sich zurückzuziehen oder einem Friedensschluss zu Bedingungen Moskaus zuzustimmen. Vor diesem Hintergrund fordern einzelne Analysten, dass Frankreich und Großbritannien „expand their low-yield, tactical-level nuclear options, and indicate a willingness to use them, including by employing them first.“³⁵

Andere Beobachter verknüpfen die Problematik des begrenzten Nuklearwaffeneinsatzes mit einem weiteren Problem: dem Fehlen jeglicher Fähigkeit zur Schadensbegrenzung seitens Frankreichs und des Vereinigten Königreichs gegenüber Russland. Nach Einschätzung von Pranay Vaddi und Vipin Narang sei eine umfassende „nukleare Rückversicherung“ (*nuclear backstop*) durch die USA – die potenziell in der Lage wäre, Schäden zu begrenzen – notwendig, um glaubwürdige Abschreckung zu gewährleisten. Ohne diese, so ihre Argumentation, seien die strategischen Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens kaum in der

Lage, gegenüber Russland glaubwürdig mit Vergeltung auf einen begrenzten Nuklearwaffeneinsatz gegen Verbündete zu drohen. Ein solcher Vergeltungsschlag würde mit hoher Wahrscheinlichkeit einen massiven russischen Gegenschlag gegen britisches oder französisches Territorium nach sich ziehen – einen Angriff, den beide Staaten mit ihren derzeitigen offensiven wie defensiven Fähigkeiten nicht wirksam begrenzen könnten.³⁶ Der britische Nuklearwaffenexperte Lawrence Freedman widerspricht dieser Einschätzung jedoch entschieden. Seiner Auffassung nach bilden die französischen und britischen Nuklearstreitkräfte nach wie vor „a serious risk factor that a Russian leader could not ignore.“³⁷

Letztlich lässt sich kaum eindeutig klären, in welchem Ausmaß die beschriebenen Fähigkeitsdisparitäten tatsächlich eine gravierende Herausforderung darstellen: Das hängt von der Einstellung zu Fragen ab, ob eine nukleare Eskalation kontrolliert werden kann und ob es machbar und notwendig ist, über Fähigkeiten zur Schadensbegrenzung zu verfügen. Trotz jahrzehntelanger Debatten existiert bis heute kein Konsens zu diesen Fragen.³⁸ Entscheidend ist dabei jedoch nicht allein, welche Einschätzungen in Großbritannien und Frankreich oder gar Russland vorherrschen. Wenn die exponierten Staaten an der Ostflanke der NATO diese Unterschiede in den Fähigkeiten als Problem betrachten, könnten Großbritannien und Frankreich gezwungen sein, ihr Atomwaffenarsenal erheblich auszubauen, um eine glaubwürdige erweiterte nukleare Abschreckung zu gewährleisten.

Ungeachtet des Umstands, dass sich die sicherheitspolitischen Debatten in Europa in den vergangenen Monaten deutlich dynamischer entwickelt haben, als noch vor einem Jahr absehbar war, bleiben zahlreiche Fragen offen. So hat Emmanuel Macron beispielsweise unmissverständlich klargestellt, dass Frankreich nicht bereit sei, für den Schutz anderer zu zahlen, und dass jegliche Stationierung französischer Nuklearwaffen außerhalb des eigenen Staatsgebiets die nationale Abschreckung nicht beeinträchtigen dürfe.³⁹ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie eine tragfähige und politisch realisierbare Lastenteilungsregelung überhaupt ausgestaltet werden könnte. Angesichts der begrenzten Größe des französischen Nukleararsenals ist zudem offen, wie viele nukleare Gefechtsköpfe Frankreich

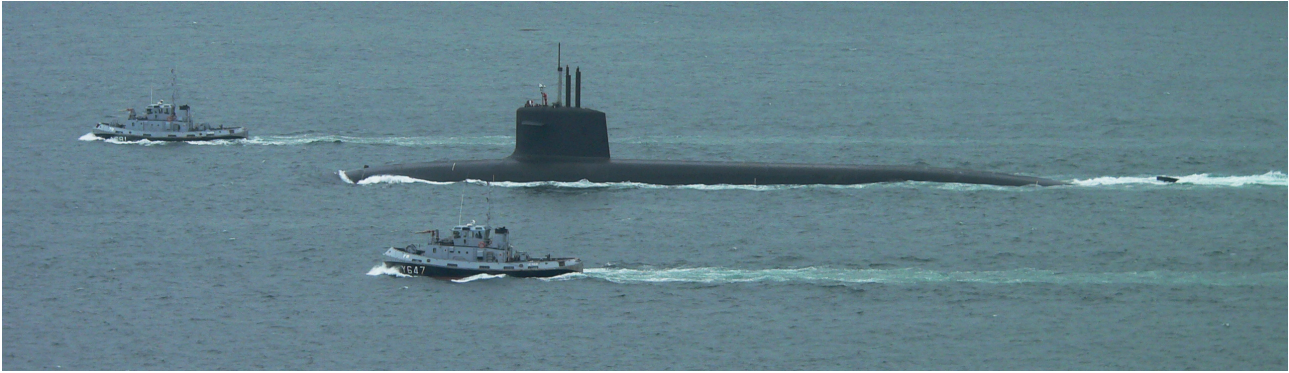
³⁵ Bell/Hoffmann 2025.

³⁶ Vaddi/Narang 2025b.

³⁷ Freedman 2025, 21.

³⁸ Für eine vertiefte Analyse unterschiedlicher Positionen, siehe Glasner 1990.

³⁹ Leila Abboud/Polina Ivanova: Emmanuel Macron open to stationing French nuclear weapons in other European nations, *Financial Times*, 13.05.2025.



Das französische SSBN *Le Terrible* (S 619) in der Meerenge von Brest bei Pointe des Espagnols

überhaupt außerhalb seiner Grenzen stationieren kann. Sollte eine Ausweitung der nuklearen Kapazitäten als notwendig erachtet werden – wie schnell könnten Frankreich und Großbritannien eine solche realisieren, und wäre sie angesichts der damit verbundenen Opportunitätskosten sinnvoll, insbesondere mit Blick auf die Priorisierung nuklearer gegenüber konventionellen Abschreckungsfähigkeiten?

Hinzu treten erhebliche politische Herausforderungen, die der Bereitstellung eines regionalen nuklearen Schutzschirms durch Frankreich und das Vereinigte Königreich im Wege stehen. In Frankreich lehnen sowohl das extrem rechte als auch das extrem linke politische Lager die Ausweitung der nuklearen Abschreckung ausdrücklich ab. Vor diesem Hintergrund hätten andere europäische Staaten durchaus berechnete Gründe zur Sorge, dass ein innenpolitischer Umbruch in Frankreich – oder auch im Vereinigten Königreich – vergleichbare destabilisierende Effekte auf die europäische Sicherheitsarchitektur haben könnte wie der Wahlsieg Donald Trumps.

5 Die nukleare Option ziehen?

Sollten weder der nukleare Schutzschirm der Vereinigten Staaten noch ein Eurodeterrent aus Sicht der nicht-nuklear bewaffneten europäischen Staaten als glaubwürdig erscheinen, könnte die Entwicklung eigener Kernwaffen zunehmend als attraktive sicherheitspolitische Option wahrgenommen werden. Zwar wurde verschiedentlich darüber spekuliert, ob Deutschland in den Kreis der Nuklearwaffenstaaten eintreten könnte, doch existiert in Berlin derzeit keine ernstzunehmende Debatte über ein eigenständiges Nuklearwaffenprogramm.⁴⁰ Anders stellt sich die Lage in

Polen dar: Polnische Regierungsvertreter haben wiederholt Interesse an nuklearer Abschreckungsfähigkeit bekundet. Neben der Forderung nach einer Stationierung US-amerikanischer Nuklearwaffen auf polnischem Staatsgebiet wurde ein ähnliches Gespräch mit Frankreich geführt. Premierminister Donald Tusk erklärte in diesem Zusammenhang: „We must be aware that Poland must reach for the most modern capabilities also related to nuclear weapons and modern unconventional weapons [...] this is a race for security, not for war.“⁴¹

Obwohl Polens Gefühl der Unsicherheit verständlich ist, birgt die Verfolgung einer nuklearen Bewaffnung eine Vielzahl politischer, rechtlicher und praktischer Herausforderungen. Zunächst würde ein derartiger Schritt den Verpflichtungen Polens aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) widersprechen, der aufgrund von Problemen wie dem iranischen Atomprogramm ohnehin schon unter Druck steht. Sollte Polen diesen Vertrag einseitig verlassen, drohte ein Zusammenbruch des NPT-Regimes, dem womöglich weitere Staaten folgen würden. Um ein solches Szenario zu verhindern, ist zu erwarten, dass sowohl andere europäische Staaten als auch die Vereinigten Staaten – ebenso wie Russland – erheblichen politischen Druck auf Warschau ausüben würden. Kurz gesagt: Der Einstieg in ein eigenes Nuklearwaffenprogramm könnte erhebliche politische und wirtschaftliche Kosten nach sich ziehen.

Darüber hinaus ist der Aufbau einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung weitaus anspruchsvoller, als er mitunter dargestellt wird. Bereits das Beschaffen oder Herstellen ausreichender Mengen spaltbaren Materials für eine begrenzte Anzahl von Kernwaffen stellt für viele Staaten ein technisch komplexes und zeitaufwändiges Unterfangen dar. Polen verfügt derzeit weder über Anlagen zur Uran-

⁴⁰ Kunz/Kühn 2024.

⁴¹ Jan Cieski/Wojciech Kość: Poland seeks access to nuclear arms and looks to build half-million-man army, *Politico*, 07.03.2025.

anreicherung noch zur Plutoniumaufbereitung, und deren Bau würde erheblich Zeit in Anspruch nehmen (außerdem ist es höchst zweifelhaft, dass eine offene Gesellschaft dies heimlich bewerkstelligen könnte).

Selbst wenn es Polen gelänge, die zuvor genannten Hürden zu überwinden, würde ein kleines Atomwaffenarsenal nicht automatisch eine glaubwürdige Abschreckung darstellen. Um als solche zu gelten, müsste das polnische Arsenal groß genug sein, um einen russischen Erstschatz zu überleben. Dies würde nicht nur den Aufbau einer substanziellen Anzahl überlebensfähiger Trägersysteme erfordern, sondern auch professionelle Führungs- und Kontrollstrukturen (*command-and-control arrangements*). Um sein Arsenal überlebensfähig zu machen, müsste Polen möglicherweise Kommando- und Kontrollverfahren übernehmen – etwa die Vorabdelegation der Autorität zum Nuklearwaffeneinsatz –, die sich in einer Krisensituation negativ auf die Stabilität auswirken könnten. Darüber hinaus würde Polen während der Zeit, die für die Entwicklung all dieser Maßnahmen erforderlich wäre, eine „Phase der Verwundbarkeit“ (*window of vulnerability*) durchlaufen, in der Russland einen Präventivschlag gegen sein Atomprogramm durchführen könnte.⁴² Auch wenn der Ausgang ungewiss ist, hat der jüngste US-Angriff auf iranische Anreicherungsanlagen erneut gezeigt, dass Präventivschläge gegen potenzielle Atomwaffenprogramme eine reale Gefahr darstellen.

6 Europa sollte sich seine Optionen offenhalten

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass keine der nuklearen Optionen Europas ohne Schwächen ist. Gleichwohl könnten sowohl der nukleare Schutzschirm der Vereinigten Staaten als auch ein potenzieller Eurodeterrent trotz berechtigter Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit nach wie vor abschreckende Wirkung entfalten. Gerade deshalb sollten europäische Staaten ihr Vertrauen nicht exklusiv in eine dieser Optionen setzen, sondern eine nukleare Hedging-Strategie verfolgen. Falls eine der Optionen scheitert, ist es sicherheitspolitisch klug, auf einen – wenn auch suboptimalen – Plan B zurückgreifen zu können. In diesem Kontext stellt die *Northwood Declaration* einen ausgesprochen begrüßenswerten Schritt dar. Die Stärkung europäischer Handlungsoptionen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des amerikanischen Ab-

schreckungspotenzials ist gegenwärtig der umsichtigste Kurs. Diese Linie scheint auch der favorisierte Ansatz politischer Entscheidungsträger wie dem deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz zu sein, der kurz vor seinem Amtsantritt erklärte: „Wir haben noch zwei Nuklearmächte in Europa. Das sind Frankreich und Großbritannien. Wir sollten mit beiden Ländern sprechen. Immer auch unter dem Aspekt der Ergänzung des amerikanischen nuklearen Schutzschirms, den wir natürlich auch aufrechterhalten sehen wollen.“⁴³

Darüber hinaus sind europäische Entscheidungsträger gefordert, die Glaubwürdigkeit sowohl von Plan A als auch von Plan B substanziell zu stärken. Dies bedeutet zunächst, darauf hinzuwirken, einen möglichen Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa zu verhindern – ein Ziel, dem sich europäische Regierungschefs ebenso wie NATO-Generalsekretär Mark Rutte mit erheblichem diplomatischem Aufwand beim NATO-Gipfel im Juni verschrieben haben. Gleichzeitig könnte dies jedoch auch beinhalten, das französische und britische Nukleararsenal gezielt zu stärken – idealerweise unter Ausbau eigenständiger Fähigkeiten.

Die europäische Hedging-Strategie sollte durch weitere zentrale Elemente ergänzt werden. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Stärkung der konventionellen Abschreckungsfähigkeit Europas. Auch wenn Nuklearwaffen die ultimative Rückversicherung darstellen mögen, stellt eine robuste konventionelle Verteidigungsfähigkeit den entscheidenden Eckpfeiler europäischer Abschreckung dar. Ohne eine solche wächst das Risiko russischer *faits accomplis* in Gebieten an der östlichen Flanke der NATO erheblich – insbesondere, wenn diesen (begrenzte) nukleare Drohungen folgen sollten. Die europäischen Staaten sollten zudem daran arbeiten, ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu verringern – etwa im Bereich der Satellitensysteme, die für die Einsatzfähigkeit der NATO von zentraler Bedeutung sind –, um ihre Fähigkeit zu unabhängigerem Handeln zu stärken. Der Ausbau eigenständiger europäischer Fähigkeiten dient nicht nur als Absicherung gegenüber einem möglichen Rückzug der USA, sondern fungiert auch als Versicherung für den Fall, dass amerikanische Streitkräfte in einen Konflikt mit der Volksrepublik China im ostasiatischen Raum gebunden sein sollten.⁴⁴

Darüber hinaus könnten sich einige nicht-nukleare NATO-Mitgliedstaaten – wie etwa Polen – dazu entschließen, eine alternative Form des Hedgings zu verfolgen: den schrittweisen Aufbau nukleartechnischer Kapazitäten bis

⁴² Für einen Überblick darüber, wie ein Staat wie Südkorea mit vielen der gleichen Herausforderungen konfrontiert wäre, siehe Hiim/Bowers 2025.

⁴³ Stephan Detjen im Gespräch mit Friedrich Merz, CDU-Parteivorsitzender und Unionsfraktionschef, *Deutschlandfunk*, 09.03.2025, <https://bilder.deutschlandfunk.de/9a/3c/5c/12/9a3c5c12-1174-402b-8a42-aaa15a676feb/interview-merz-250309-100.pdf>.

⁴⁴ Bowers/Hiim 2025.

zur sogenannten „nuklearen Latenz“ (*nuclear latency*), also der Fähigkeit, ein Nuklearwaffenprogramm technisch kurzfristig realisieren zu können, ohne dabei die Schwelle zur tatsächlichen Bewaffnung zu überschreiten.⁴⁵ Zweifelsohne ist eine solche Strategie mit nicht unerheblichen Risiken verbunden, wie das jüngste Beispiel Iran deutlich zeigt. Dennoch existieren auch Beispiele erfolgreicherer nuklearer Hedging-Strategien – etwa Japan. Ob Hedging Erfolg verspricht, hängt maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung der Hedging-Strategie ab – davon, wie weit ein Staat sein nukleares Programm in Richtung einer Waffenskapazität vorantreibt – sowie davon, ob er über eine Schutzmacht verfügt. Für ein Land wie Polen könnte ein zumindest moderater nuklearer Hedging-Ansatz zunehmend an Attraktivität gewinnen.⁴⁶ Neben dem Aufbau von Handlungsspielräumen für zukünftige sicherheitspolitische Kontingenzen könnte Polen – und möglicherweise auch andere europäische Staaten – ein Nuklearprogramm als Druckmittel gegenüber den Vereinigten Staaten einsetzen. Historisch betrachtet ist es mehreren Staaten gelungen, durch das Andeuten nuklearer Ambitionen Zugeständnisse von den Vereinigten Staaten zu erwirken. Vielleicht ist ein unsanftes Erwachen über die Risiken der Proliferation – und ihre negativen Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten –, genau das, was die Trump-Administration benötigt, um die europäische Sicherheit ernster zu nehmen.

Literatur

- Bell, Mark S./Hoffmann, Fabian R. (2025): Europe's Nuclear Trilemma: The Difficult and Dangerous Options for Post-American Deterrence, in: *Foreign Affairs online*, 31.03.2025, <https://www.foreignaffairs.com/europe/europes-nuclear-trilemma>.
- Bowen, Wyn/Moran, Matthew (2014): Iran's Nuclear Programme: A Case Study in Hedging?, in: *Contemporary Security Policy*, 35 (1), 26–52.
- Bowers, Ian/Hiim, Henrik Stålhane (2025): Knock-on Risks to NATO's Space-Based War-Fighting Capabilities, in: *Survival*, 67 (3), 95–108.
- Byun, Joshua/Lee, Do Young (2021): The Case Against Nuclear Sharing in East Asia, in: *The Washington Quarterly*, 44 (4), 67–87.
- Coe, Andrew J./Vaynman, Jane (2015): Collusion and the Nuclear Nonproliferation Regime, in: *The Journal of Politics*, 77 (4), 983–997.
- Cunningham, Fiona S./Fravel, M. Taylor (2019): Dangerous Confidence? Chinese Views on Nuclear Escalation, in: *International Security*, 44 (2), 61–109.
- Das, Debak/Epstein, Rachel A. (2025): An Unreliable America Means More Countries Want the Bomb, in: *Foreign Policy online*, 14.03.2025, <https://foreignpolicy.com/2025/03/14/trump-nuclear-weapons-proliferation-nato-security-guarantees-korea-poland-germany-japan/>.
- Egeland, Kjølsv (2024): The 'Cosmic Bluff' Revisited: Extended Nuclear Deterrence in the US-Norway Alliance, in: *Cold War History*, 25 (1), 43–66.
- Freedman, Lawrence (2025): Europe's Nuclear Deterrent: The Here and Now, in: *Survival*, 67 (3), 7–24.
- Fuhrmann, Matthew/Sechser, Todd S. (2014): Signaling Alliance Commitments: Hand-Tying and Sunk Costs in Extended Nuclear Deterrence, in: *American Journal of Political Science*, 58 (4), 919–935.
- Gavin, Francis (2001): The Myth of Flexible Response: United States Strategy in Europe during the 1960s, in: *The International History Review*, 23 (4), 847–875.
- Gavin, Francis (2015): Strategies of Inhibition: U.S. Grand Strategy, the Nuclear Revolution, and Nonproliferation, in: *International Security*, 40 (1), 9–46.
- Glaser, Charles (1990): *Analyzing Strategic Nuclear Policy*, Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Glaser, Charles L./Fetter, Steve (2016): Should the United States reject MAD? Damage limitation and U.S. nuclear strategy toward China, in: *International Security*, 41 (1), 49–98.
- Healey, Denis (1989): *The Time of My Life*, London: Michael Joseph.
- Hiim, Henrik Stålhane/Bowers, Ian (2025): South Korea's Perilous Path to Nuclear Weapons, in: *Global Asia*, 20 (2), https://www.globalasia.org/v20no2/feature/south-koreas-perilous-path-to-nuclear-weapons_henrik-st%C3%A5lhane-hiimian-bowers.
- Kristensen, Hans/Korda, Matt/Johns, Eliana/Knight-Boyle, Mackenzie/Kohn, Kate (2025): Status of World Nuclear Forces, *Federation of American Scientists*, 26.03.2025, <https://fas.org/initiative/status-world-nuclear-forces/>.
- Kvaratskhelia, Mariam (2025): How a Second Trump Term Could Shape U.S. Nuclear Posture in Europe and the Indo-Pacific, *Next Generation Nuclear Network (NGNN)*, 10.04.2025, <https://nuclearnetwork.csis.org/how-a-second-trump-term-could-shape-u-s-nuclear-posture-in-europe-and-the-indo-pacific/>.
- Kunz, Barbara/Kühn, Ulrich (2024): German Musings About a Franco-German or German Bomb, in: Kühn, Ulrich (Hrsg.): *Germany and Nuclear Weapons in the 21st Century: Atomic Zeitenwende?*, Abingdon: Routledge, 112–135.
- Lanoszka, Alexander (2018): *Atomic Assurance: The Alliance Politics of Nuclear Proliferation*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Mazarr, Michael (2018): *Understanding Deterrence*, Washington, D.C.: RAND Corporation, PE-295-RC, <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PE295.html#document-details>.
- Narang, Vipin (2022): *Seeking the Bomb: Strategies of Nuclear Proliferation*, Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Office of the Prime Minister of Norway (2025): National Security Strategy, Oslo: Norwegian Government Security and Service Organisation, B-0512 E, <https://www.regjeringen.no/en/dokumenter/national-security-strategy/id3099304/?ch=1>.
- Reiter, Dan/Poast, Paul (2021): The Truth about Tripwires: Why Small Force Deployments Do Not Deter Aggression, in: *Texas National Security Review*, 4 (3), 33–53.
- Roberts, Brad (Hrsg.) (2025): *Counterforce in Contemporary U.S. Strategy*, Livermore, Cal.: Center for Global Security Research, <https://cgsr.llnl.gov/sites/cgsr/files/2025-05/2025-0529-CGSR-Occasional-Paper-Counterforce-In-Contemporary-US-Nuclear-Strategy.pdf>.
- Samuels, Richard J./Schoff, James L. (2015): Japan's nuclear hedge: Beyond „allergy“ and breakout, in: *Political Science Quarterly*, 130 (3), 475–503.
- Schelling, Thomas (1966): *Arms and Influence*, New Haven, Conn.: Yale University Press.

⁴⁵ Bowen/Moran 2014.

⁴⁶ Zu unterschiedlichen Hedging-Strategien, siehe Narang 2022.

- Sechser, Todd S. (2016): Sharing the Bomb: How Foreign Nuclear Deployments Shape Nonproliferation and Deterrence, in: *The Nonproliferation Review*, 23 (3/4), 443–458.
- Sukin, Lauren/Lanoszka, Alexander (2024): Credibility in Crises: How Patrons Reassure Their Allies, in: *International Studies Quarterly*, 68 (2), sqae062.
- Tannenwald, Nina (2007): *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge: Cambridge University Press.
- U.S. Department of Defense (2018): *Nuclear Posture Review*, Washington, D.C.: Department of Defense, <https://media.defense.gov/2020/May/18/2002302062/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDF>.
- Vaddi, Pranay/Narang, Vipin (2025a): Why We Extend Deterrence, *Strategic Simplicity*, 03.03.2025, <https://strategicsimplicity.substack.com/p/why-we-extend-deterrence>.
- Vaddi, Pranay/Narang, Vipin (2025b): Building a Euro Deterrent: Easier Said Than Done, *Strategic Simplicity*, 15.03.2025, <https://strategicsimplicity.substack.com/p/building-a-euro-deterrent-easier>.
- Volpe, Tristan A. (2017): Atomic Leverage: Compellence with Nuclear Latency, in: *Security Studies*, 26 (3), 517–544.